

Kommentar

Keine zwanzig Jahre

Von Markus Ermert



Eigentlich ist die Sache ja ganz einfach: Neue oder verbesserte Straßen im Ort nützen den Grundstücken, die dadurch erschlossen werden. Da ist es nur gerecht, dass man an den Kosten, die die Allgemeinheit dafür aufwendet, die Eigentümer beteiligt – sie sind es, die vom erhöhten Wert des Hauses profitieren. Dieses Prinzip der Straßenausbaubeiträge funktioniert gut. Auch in den allermeisten Thüringer Kommunen. Teils lautstarke Debatten eingeschlossen, die Gemeinderäte durchstehen mussten, weil sie zwei gleichermaßen legitime Interessen abwogen: Das der Einwohnerschaft, Steuergelder dort einzusetzen, wo sie möglichst allen nützen; und das vieler Hausbesitzer, hohe Forderungen zu vermeiden. Eine Minderheit von Kommunen wich den Konflikten aus; man verzichtete auf Beiträge – und konnte fast 20 Jahre lang darauf setzen, dass die Landesregierung sie gewähren ließ.

Eigentlich geht es nicht um Straßenbeiträge, sondern um die Existenz der Kommunen.

Es bedurfte erst eines besonnenen Reformentwurfes des allseits respektierten Ex-Innenministers Peter Huber, um die lange währende Nicht-Regelung zu beenden. Es konnte nicht angehen, dass trotz gleicher Gesetzeslage Hausbesitzer in dem einen Ort zur Kasse gebeten, in dem anderen aber (zulasten der Gesamtheit der Steuerzahler) gänzlich verschont blieben. Dass die Kommunen nun bald Rechnungen verschicken müssen für Leistungen, die viele Jahre zurückliegen, ist unschön und für die Betroffenen ein kräftiges Ärgernis. Im Sinne der gerechten Behandlung aller Bürger ist es aber unvermeidlich, zumal es Härtefallregeln gibt und wirklich wohlhabende Kommunen auch künftig den Großteil der Straßenbaukosten übernehmen dürfen.

Ein Volksbegehren, wie es die Bürgerallianz nun androht, würde das Gesetz sicher nicht kippen. Schließlich wird die große Mehrheit aus Mietern, bereits abkassierten oder gar nicht betroffenen Bürgern kaum dafür stimmen, der Minderheit der nun zahlungspflichtigen Hauseigentümer finanziell unter die Arme zu greifen. Dies erst recht nicht, wenn gleichzeitig allerorten Stadt- und Gemeinderäte zweifelt die wenigen Euros zusammenkratzen, die ihnen bleiben, um Schwimmbäder, Büchereien, Kitas, Grünanlagen, Vereinszuschüsse, also so etwas wie kommunales Leben zu gewährleisten. Städte und größere Gemeinden, die ihren Bürgern (und denen des Umlands) hier akzeptable Angebote finanzieren wollen, kommen sowieso nicht umhin, Straßenbeiträge zu erheben. Die brauchen das Geld.

Das wusste die dieser Sache jahrelang untätige CDU-Landesregierung ebenso wie die Linke, die sich lautstark an die Spitze der Straßenbeitrags-Gegner gestellt hat. Das gleiche Wut-Potenzial, welches die Konservativen das Thema jahrelang verschleppen ließ, vereinnahmt die Linke nun für ihre Zwecke, wenn sie wie gestern im Landtag von einem „Generalangriff auf Kommunen und Bürger“ spricht, den die nachträgliche Beitragserhebung angeblich darstellt. Auch die Linke weiß genau: Der eigentliche Generalangriff besteht in der dramatisch schrumpfenden Handlungsfähigkeit der Kommunen. Es geht darum, angesichts der Verteilungskämpfe um immer weniger Geld zu gewährleisten, dass vor Ort überhaupt noch genügend ankommt. Da müssen sich die Kommunen wahrlich warm anziehen. Denn die Versuche der Landesregierung, immer mehr Lasten nach unten abzugeben, während sie kaum ihr eigenes Spardiktat zu befolgen vermag, waren bisher recht erfolgreich. Wenn jetzt Frieden einzieht im Dauerstreit um die Straßenbeiträge, dann hat die von ihm ausgelöste Finanzdebatte trotz aller Vereinnahmungsversuche etwas Gutes: Jetzt bleibt Zeit, wirklich über die Zukunftsfähigkeit unsere Städte und Gemeinden zu diskutieren – und bald zu handeln. Dieses Problem wartet keine 20 Jahre mehr.

Leser-Meinung

Widersprüche

Zu „Einmal Westen und zurück“ vom 24. März:

Mir sind mehrere Widersprüche aufgefallen. Jürgen Resch kehrt, was die größte Dummheit seines Lebens war, nach einem Vierteljahr aus Bayern nach Thüringen zurück, wird dann auch, was zu erwarten war, verhaftet und verurteilt. Hätte er denn nicht damit rechnen müssen? Nun wird im Buch angedeutet, seine Frau Kerstin, die inzwischen für die Stasi arbeitete, hätte ihn verraten. Wie das? Ist der „Abschnittsbevollmächtigte“ der „Volkspolizei“ nicht vorbeigekommen und hat nachgesehen? Er stand schließlich auf der Fahndungsliste, die Stasi rückte an und sperrte ihn ein. Anderthalb Jahre durfte er dann im Gefängnis darüber nachdenken, warum er zurückgekommen war. Und als

ihn dann der Ostberliner Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Vogel, der für die Freikäufe von DDR-Häftlingen zuständig war, fragte, ob er in den Westen übersiedeln wollte, lehnte er ab. Verstehen kann man das nicht!

Dr. Jörg Bernhard Bilke, Coburg

Friedlich lösen

Zur Lage in Libyen:

Für Libyen wie auch für viele andere Konfliktgebiete sind friedliche Lösungen notwendig. Die sind nur auf dem Verhandlungsweg zu erreichen, aber nicht mit einer Politik, mit der sich die USA wiederum dem Verdacht aussetzen, die Rolle des Weltgendarmen spielen zu wollen.

H.-J. Weise, Ilmenau

Leserbriefe stellen keine Meinungsäußerung der Redaktion dar. Sie können nur veröffentlicht werden, wenn sie den Namen und die vollständige Adresse enthalten. Dies trifft auch für E-Mails zu. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung vor.



Ganz so innig wie hier im Wahlkampf agieren sie sonst nicht: CDU-Chefin Angela Merkel und Ministerpräsident Stefan Mappus.

Fotos: dpa

Es wird eng für Mappus

Für CDU und FDP geht es in Baden-Württemberg ums Ganze. Die schwarz-gelbe Koalition steht auf der Kippe. Eine Niederlage wäre ein schwerer Schlag auch für die Regierung Merkel/Westerwelle.

Von Henning Otte

Stuttgart – So wichtig war Baden-Württemberg wohl noch nie. Die Landtagswahl im Südwesten findet an diesem Sonntag inmitten großer politischer Umwälzungen statt. Die internationale Gemeinschaft hat ein militärisches Eingreifen gegen Libyen beschlossen, Deutschland hat sich enthalten. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat infolge der Atomkatastrophe in Japan eine atompolitische Wende eingeleitet, die beispiellos ist. Und immer wieder muss sie sich gegen den Vorwurf wehren, dabei auch auf die anstehenden Landtagswahlen geschielt zu haben.

Fest steht: Die Landtagswahl in Baden-Württemberg könnte zum Schicksalsvotum für Kanzlerin Angela Merkel werden. Die CDU-Chefin hatte den Wahltag zunächst zur Entscheidung über das Bahnprojekt

„Stuttgart 21“ hochstilisiert. Nun ist der Streit über das Milliardenprojekt abgeflaut. Stattdessen ist mit der Atompolitik ein Thema aufgeflammt, das für Schwarz-Gelb noch sehr viel mehr Sprengkraft hat – galt Ministerpräsident Stefan Mappus doch bislang als einer der stärksten Verfechter längerer Laufzeiten.

Seitdem Merkel verkündet hat, die Laufzeitverlängerung für deutsche Kernkraftwerke für drei Monate auszusetzen und die sieben ältesten Meiler in dieser Zeit vom Netz zu nehmen, sind auch von Mappus ganz neue Töne zu hören. „Es geht jetzt vor allem um die Ängste und Sorgen der Menschen“, sagt der 44-Jährige. Das zweitälteste deutsche Atomkraftwerk Neckarwestheim I südlich von Heilbronn ist bereits endgültig vom Netz genommen worden.

Die Umfragen verheißen trotzdem – oder deshalb – nichts Gutes. Die CDU-Hochburg Baden-Württemberg wackelt. Grüne und SPD haben gute Chancen, am Sonntag einen historischen Wahlsieg zu erringen. Die CDU kommt in Umfragen zurzeit auf etwa 38 Prozent – nach 44,2 Prozent bei der Wahl 2006. Die FDP erreicht demnach sechs Prozent. Die Grünen sind momentan zweitstärkste Kraft vor der SPD, Grün-Rot liegt damit rund drei Prozentpunkte vor Schwarz-Gelb. Jeder zweite Baden-Württemberger ist für einen Regie-

rungswechsel – nach knapp 58 Jahren CDU-Dominanz.

Für Mappus ist das besonders bitter, steht das Land nach der Wirtschaftskrise doch wieder blendend da – niedrigste Arbeitslosigkeit bundesweit und brumrende Konjunktur. Zudem hatte er die CDU nach dem Konflikt um „Stuttgart 21“ wieder stabilisiert. Noch vor Kurzem lag seine Partei in einer Umfrage bei 42 Prozent – auch dank der Schlichtung von Heiner Geißler. Doch am vergangenen Samstag gingen Zehntausende Menschen auf die Straße, um gegen „Stuttgart 21“ und die Atomkraft zu protestieren.

Vor allem die Grünen könnten der CDU Wähler abspenstig machen. Dem wertkonservativen Spitzenkandidaten Winfried Kretschmann wird selbst bei der Union zugetraut, bis weit in bürgerliche Kreise hinein Stimmen zu sammeln. Die Grünen rechnen sich deshalb gute Chancen aus, erstmals im Südwesten auch einige Direktmandate zu holen. Bislang hat die CDU stets den Löwenanteil der 70 Wahlkreise direkt gewonnen.



Auf Stimmenfang: Winfried Kretschmann.

Und daran klammert sich die CDU auch diesmal. Union und FDP versuchen, ihre Stammklientel zu mobilisieren. Die CDU setzt vor allem auf ihre Wähler in ländlichen Regionen, die FDP um die Landesvorsitzende und Bundestagsfraktionschefin Birgit Homburger auf ihre Verankerung im Mittelstand.

Sollte es für eine Koalition mit den Grünen reichen, müsste sich die SPD womöglich mit der Rolle des Juniorpartners zufriedengeben. SPD-Spitzenkandidat Nils Schmid ist dazu bereit. Der 62-jährige Kretschmann könnte somit der erste grüne Ministerpräsident werden. Gerüchte über seinen Gesundheitszustand weist er regelmäßig zurück: „Wenn das Amt auf mich zuläuft, werde ich es gerne annehmen und kraftvoll ausfüllen.“

Beck wird wohl wieder einen Partner brauchen

Von Marco Pecht

Mainz – Bundesweit ist die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz in den Hintergrund getreten. Zu stark zieht ein möglicher Regierungswechsel mit einem grünen Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg den Fokus auf sich. An Rhein und Mosel ist nichts Vergleichbares zu erwarten: Es deutet sich eine routinemäßige Verschiebung der Mehrheiten an.

Die SPD unter Ministerpräsident Kurt Beck wird sich nach fünf Jahren Alleinregierung wohl wieder einen Koalitionspartner suchen müssen, Erdrutschsieg oder Grundsatzabstimmung über die politische Zu-

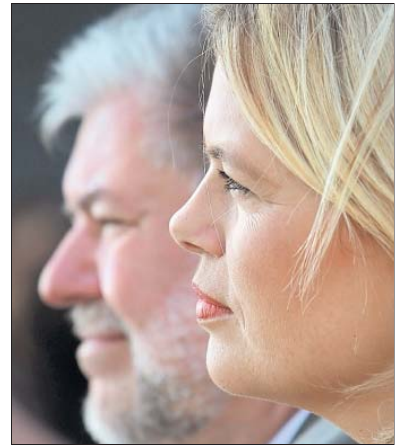
kunft stehen nicht an. Trotzdem hat sich im Wahlkampf ein ungewohnt scharfer Ton zwischen den Kontrahenten eingeschlichen.

Frech kommt die Herausforderin Julia Klöckner daher: Die 38 Jahre alte CDU-Spitzenkandidatin hat in ihrer Wahlkampfzentrale am Rhein ordentlich aufgerüstet. Die Bundestagsabgeordnete und ehemalige Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium soll für frischen Wind in der als konfliktbehaftet geltenden rheinland-pfälzischen Union sorgen.

Der 62 Jahre alte Amtsinhaber Kurt Beck gibt den Staatsmann. Der seit 1994 regierende und damit dienstäl-

teste Ministerpräsident der Republik lenkt das Land seit fünf Jahren mit seiner SPD alleine und setzt auf Erfahrung und Instinkt. Beck wirbt beim Wähler mit beitragsfreien Kindergartenplätzen, sozial gerechter Politik und mittelstandsfreundlichem Krisenmanagement während des zurückliegenden Einbruchs der globalen Wirtschaft. Doch es sind nicht die Inhalte, die den Wahlkampf dominieren, sondern Affären, die sich die Parteien vorwerfen.

Es bleibt der Eindruck, dass sich die beiden Spitzenkandidaten nicht ausstehen können und somit zumindest eine große Koalition ausgeschlossen scheint.



Platzhirsch und kecke Herausforderin: Kurt Beck und Julia Klöckner.

Sprüche des Tages

„Sie machen nicht viel richtig, aber wenn Sie mal was richtig machen, machen Sie es verkehrt.“

Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin im Bundestag über die Haltung der schwarz-gelben Bundesregierung zum internationalen Libyen-Einsatz.

„Spätestens nach der Katastrophe in Japan steht fest: Erneuerbare Energien sind nicht nur eine alternative Form der Energieerzeugung; sie sind aus heutiger Sicht die Art der Energieerzeugung.“

Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) zur künftigen Energiepolitik.

„...den Rest lesen wir nach den Wahlen!“

Zeichnung: Tomicek

